

EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 342
B-1047 BRÜSSEL
TEL: +32 2 284 5191
FAX: +32 2 284 9191
Email:

erika.mann@europarl.europa.eu



Erika Mann



EUROPABÜRO
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-
erika.mann@spd.de](mailto:erika.mann@spd.de)

Newsletter Mai 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

heute erhalten Sie Informationen über aktuelle Geschehnisse und Konflikte auf europäischer Ebene. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Mit besten Grüßen

Ihre Erika Mann

Telekommunikation: Investitionen in neue Netze stärken

Im November 2007 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Überarbeitung des Rechtsrahmens für Telekommunikation vorgelegt. Derzeit berät das Parlament über diese Vorschläge.

Investitionen in neue Netze dabei eine wichtige Rolle. Sie sind einerseits wichtig, um eine schnelle Anbindung an Telekommunikationsdienste zu gewährleisten, sie sind aber auch wichtig für das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Telekommunikationsbranche. Damit Investitionen in neue Netze erfolgen können, muss die Regulierung des Telekommunikationssektors anders als in der Vergangenheit gestaltet werden. Deshalb hat Erika Mann Änderungsanträge eingereicht, die die Vorschläge der Kommission an dieser Stelle vollständig verändern. Die Anträge zielen darauf ab, wichtige Investitionen zu ermöglichen und gleichzeitig den nötigen Wettbewerb zuzulassen. Hierzu hat sie ein Modell entwickelt, welches beide Ziele miteinander in Einklang bringen würde.

Darüber hinaus empfiehlt Erika Mann, weitere Bereiche des Telekommunikationsrahmens in das allgemeine Wettbewerbsrecht zu entlassen. Nur in den Fällen, in denen nachweislich Regulierung weiter notwendig ist, sollen die gesonderten Regelungen für den Telekommunikationsrahmen gelten. Erika Mann hat vorgeschlagen, auch unter diesem Gesichtspunkt im Jahr 2014 eine erneute Überprüfung des Rechtsrahmens vorzunehmen.

Erika Mann hat sich weiterhin dagegen ausgesprochen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Regulierungsbehörde einzurichten. Sie hat stattdessen eine schlanke und einfache Struktur vorgeschlagen, die im Europäischen Parlament fraktionsübergreifend unterstützt wird.

Weitere Informationen

<http://erikamann.com/themen/europasinformation/telekommunikation>

Strom- und Gasmarkt

Der Industriausschuss im Europäischen Parlament hat sich dafür ausgesprochen, eine volle eigentumsrechtliche Entflechtung der Stromnetze einzuführen. Eine Mehrheit hat die von der Kommission vorgeschlagene Lösung unterstützt. Die so genannte "dritte Option", die acht EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Frankreich vorgeschlagen hatten, wurde abgelehnt. Diese sah vor, dass eine Sicherheitsklausel die Unabhängigkeit des Betriebs ohne vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung gewährleisten sollte. Die Abschlussabstimmung des Berichts im Industriausschuss wurde jedoch auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Die Abstimmung im Plenum ist für Juni vorgesehen.

Erika Mann ist von den Vorschlägen der Kommission und auch von dem ihrer Kollegen nicht überzeugt. Insbesondere bezweifelt sie, dass der Strom und der Gasmarkt gleich behandelt werden sollten. Anders als bei Strom, ist Europa im Gasmarkt sehr stark von Importen abhängig. Hier muss eine entsprechende Unterscheidung vorgenommen werden. Ob ihre entsprechenden Änderungsvorschläge Unterstützung finden werden, ist nicht sicher.

Die Ostsee-Pipeline muss im Interesse Niedersachsens gebaut werden!

Energiesicherheit spielt eine große Rolle im Rahmen einer gesamteuropäischen Energiestrategie. Niedersachsen wird direkt und indirekt von der Verlegung einer Gas-Pipeline von Wyborg nach Greifswald profitieren. So kommt etwa auch eine Technologie des mittelständischen Unternehmens Vietz aus Hannover zum Einsatz. Obwohl dieses Projekt als ein so genanntes Trans-Europäisches Netzwerk (TEN) auch vom EP unterstützt wurde, hat sich der politische Wind seit der Osterweiterung gedreht. Meine Aufgabe sehe ich darin, weiter für das Projekt zu werben.

Informationen des Europäischen Parlaments

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-28143-127-05-19-909-20080505IPR28142-06-05-2008-2008-false/default_de.htm

Informationen auf der Webseite von Erika Mann

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/Energiepolitik/Energiebinnenmarkt>

Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stärkt Wasserqualität

Bei der Abstimmung zur Überarbeitung der Wasserschutzrahmenrichtlinie hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten im Umweltausschuss für eine weitere Berücksichtigung von Schadstoffen ausgesprochen. Neben den bislang 33 Stoffen werden ab 2015 31 weitere Stoffe zur Bewertung der Wasserqualität betrachtet. Zum Teil dürfen diese Stoffe ab 2025 nicht mehr in Oberflächengewässer eingeleitet werden. Die Abstimmung im Plenum wird im Juni stattfinden.

Die Wasserrahmenrichtlinie wirkt sich auch auf der niedersächsische Landesfläche aus, insbesondere für die Flussgebiete Rhein, Ems, Weser und Elbe und die jeweiligen Küstenmündungen auf niedersächsischem Gebiet.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-28137-127-05-19-911-20080505IPR28136-06-05-2008-2008-false/default_de.htm

Wasserrahmenrichtlinie Niedersachsen

http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C11255248_N11174330_L20_D0_I598.html

20. Mai jetzt "Europäischer Tag der Meere"

In diesem Jahr wird der 20. Mai erstmals als "Europäischer Tag der Meere" gefeiert. Dieser Tag soll künftig immer am 20. Mai begangen werden. Damit soll mehr Bewusstsein für die Bedeutung des maritimen Raums in Europa geschaffen werden.

Aus niedersächsischer Sicht ist die Einführung dieses Tages der Meere sehr zu begrüßen. Die maritime Wirtschaft spielt für Niedersachsen eine bedeutende Rolle, gleichzeitig muss das Bewusstsein für die möglichen Bedrohungen durch den Klimawandel weiter gestärkt werden.

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/maritime-day-2008_de.html

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/master.jsp?C=47137261&I=598&L=20>

Importe aus Entwicklungsländern angestiegen

Die Einfuhren aus Entwicklungsländern in die EU sind im Jahr 2006 um 16% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Weltweit nahm der Handel im gleichen Zeitraum um lediglich 8% zu.

Diese Handelszahlen beziehen sich auch auf den Handel der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). Mit diesen Staaten verhandelt die Europäische Union derzeit über neue Wirtschaftsabkommen. Diese neuen Abkommen wurden nötig, da am 1. Januar 2008 das bis dahin gültige Partnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Staaten auslief, da es nicht mit den Regeln der WTO konform

war. Mit den Staaten der Karibik (dem so genannten CARIFORUM) wurde das Abkommen bereits unterzeichnet. Die Abkommen der anderen Staatengruppen liegen derzeit zur Unterzeichnung in den einzelnen Nationalstaaten.

Dem zuständigen Außenwirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament, in dem Erika Mann Koordinatorin für die PSE-Fraktion ist, wurde das Abkommen mit dem CARIFORUM bereits übermittelt und wird dort behandelt. Erika Mann erwartet, dass die anderen Abkommen nicht vor September 2008 an das Parlament übermittelt werden. Wir werden Ihnen hierüber auf unserer Internetseite in Kürze ausführliche Informationen bereitstellen.

Unter den 10 größten Einfuhrländern für Niedersachsen belegt China, als ehemaliges Entwicklungsland, mit einem Anteil von 3,8% den 9. Rang. Die anderen Top-Ten Staaten gehören mit Ausnahme von den USA dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an.

Weitere Informationen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/622&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/april/tradoc_138663.pdf

Überblick über die wichtigsten Handelspartner von Niedersachsen

http://www.localglobal.de/sixcms/detail.php?template_id=3628&t=Home&rubrik=Fakten&inhalt=

Kleinstkredite stärker unterstützen

Mikrokredite sind in vielen Ländern ein wichtiges Mittel, um zahlreichen Menschen aus der Armut zu helfen.

424 Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben in einer schriftlichen Erklärung gefordert, dass Programme für Mikrokredite zugunsten von Frauen gestärkt werden sollen. Erika Mann hat diese schriftliche Erklärung ebenfalls unterstützt.

In Niedersachsen engagieren sich ehrenamtliche Vereinen für die Verwendung von Mikrokrediten, um eine sozial gerechte Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Ein Beispiel ist der Förderkreis Niedersachsen-Bremen von Oikocredit, einer Niederländischen Organisation.

Weitere Informationen

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-28224-128-05-19-903-20080430IPR28009-07-05-2008-2008-true/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0199+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Oikocredit

<http://www.oikocredit.org/sa/nb/doc.phtml?p=1447>

Agrarbeihilfen sollen reduziert werden

Am 20. Mai 2008 hat die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel ihre Vorschläge für die Überarbeitung der Agrarreform aus dem Jahr 2003 vorgestellt.

In ihren Vorschlägen empfiehlt die Kommission, Kürzungen bei den Direktzahlungen vorzunehmen. Die so freiwerdenden Mittel sollen in die Förderung des Umweltschutzes fließen und in Beschäftigungsmaßnahmen gehen. Besonders schwer betroffen könnten hiervon landwirtschaftliche Großbetriebe sein, die bislang mehr als 300.000 Euro jährlich erhalten.

Der Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer wie auch der Deutsche Bauernverband haben die Vorschläge der Europäischen Kommission kritisiert. Der Vorsitzende des Bauernverbandes Sonnleitner sieht darin eine Benachteiligung der Landwirtschaftsbetriebe in Ostdeutschland, dort sind besonders viele große Betriebe angesiedelt.

Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister Ehlen kritisierte vor allem die Vorschläge zur Milchquotenregelung. Die Kommission sieht vor, die bisher gültigen Quoten schrittweise bis 2015 auslaufen zu lassen.

Erika Mann ist im Prinzip der Meinung, dass die Vorschläge der Kommission zum rechten Zeitpunkt kommen. Allerdings warnt sie davor, die Verständigung, die im Rahmen der Agrarreform aus dem Jahr 2003 er-

Newsletter - Mai 2008

zielt wurde, zu gefährden. Mit dieser wird Stabilität bis 2013 gewährleistet. Landwirte befinden sich derzeit in einer großen Umstrukturierung auf Grund der Veränderungen auf dem Weltmarkt. Es ist viel zu früh, diese Veränderungen angemessen zu verstehen. Es ist durchaus möglich, dass Subventionen vorübergehend oder auch völlig aufgegeben werden können, allerdings muss hierfür zunächst eine umfassende Bewertung vorliegen. In diese müssen Fragen wie Nahrungsmittelsicherheit, Lebensmittelpreise, Biokraftstoffe und Biomasse mit einbezogen werden.

Zur Überarbeitung der Agrarreform plant Erika Mann noch in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Landvolk und ihrem Bundestagskollegen Wilhelm Priesmeier ein Gespräch in Niedersachsen. Hierzu hat sie den stellvertretenden Kabinettschef der Agrarkommissarin Fischer-Boel, Herrn Klaus-Dieter Borchardt eingeladen. Sobald ein Termin hierfür gefunden wurde, werden wir Sie hierüber informieren.

Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Agrarreform 2003
http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/prop_de.pdf

Weitere Informationen auf Tagesschau.de
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/agrarreform4.html>

Informationen des Landvolks Niedersachsen
<http://www.landvolk.net/6092.php>

Informationen des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums
http://www.ml.niedersachsen.de/master/C47164022_N8825_L20_D0_I655.html

WTO-Doharunde: Neue Agrarvorschläge vorgelegt

Am 19. Mai wurden in Genf die neuen Vorschläge für die Agrarverhandlungen der Doha-Runde vorgelegt. Diese Vorschläge bilden die neue Grundlage für die Verhandlungen zu einem Abschluss der seit 2001 laufenden Doha-Runde. Kommen die WTO-Mitgliedstaaten nun zu keiner Einigung, so ist ein Abschluss der Runde noch in diesem Jahr nahezu ausgeschlossen.

Um zu einer Einigung zu kommen, müssen alle Seiten weitere Zugeständnisse machen. Aus europäischer Sicht ist es wichtig, dass ein verbesserter Zugang zu den Wachstumsmärkten wie Indien oder China ermöglicht wird. Im Gegenzug müssen Industriestaaten Zugeständnisse beim Abbau von Agrarbeihilfen machen.

Sie werden in Kürze umfangreiche Informationen hierzu auf unserer Webseite finden.

Vorschlag für die Agrarverhandlungen
<http://www.tradeobservatory.org/library.cfm?refID=102778>

Bericht des Europäischen Parlaments zur WTO-Reform
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0180+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel unterstützt nach wie vor Biokraftstoffe

Die Europäische Kommission verfolgt weiterhin das Ziel, eine 10%-ige Beimischung von Biokraftstoff zu Normalsprit bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Nach Angaben der zuständigen Kommissarin Fischer-Boel können 80% der benötigten Biokraftstoffe auf rund 15% der Anbaufläche in der EU gewonnen werden. Der erhöhte Biospritanteil könnte zudem durch die Nutzung von Brachflächen, Ertragssteigerungen, Fortschritten bei den Kraftstoffen der 2. Generation und den Einsatz von Biomasse erreicht werden.

Erika Mann verweist in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf, dass die jetzige Generation von Biokraftstoffen nur der Übergang zum Einsatz von Biokraftstoffen der so genannten zweiten oder dritten Generation ist. Diese Kraftstoffe sind ökologisch unbedenklicher und stehen, anders als die zurzeit verwendeten Biokraftstoffe der ersten Generation, nicht in direkter Konkurrenz zu Nahrungsmitteln.

Rede der Agrarkommissarin zur Nutzung von Biokraftstoffen
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/228&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Pressemitteilung von Erika Mann
http://erikamann.com/presse_articles/Biokraftstoff

Steigende Lebensmittelpreise - Kommission empfiehlt Aktionspläne

Angesichts steigender Lebensmittelpreise denkt die Europäische Kommission darüber nach, Aktionspläne zur Milderung der Folgen des Preisanstiegs durchzuführen. Es wird in Erwägung gezogen, die Gemeinsame Agrarpolitik zu nutzen, um der steigenden Nachfrage am Weltmarkt durch höhere Produktionen gerecht zu werden. Zudem könnte die EU ihre Nahrungsmittelhilfen verbessern und das Thema auf dem Treffen der EU Staats- und Regierungschefs im Juni auf die Tagesordnung setzen. Japan hat das Thema bereits auf die Tagesordnung des G-8 Gipfels im Juli genommen.

Am 20. Mai 2008 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung vorgelegt, die sich mit dem richtigen Umgang mit den steigenden Lebensmittelpreisen befasst. Die Kommission hat dabei mehrere Handlungsfelder identifiziert, um auf die Bedenken der Bevölkerung zu reagieren und sich an den internationalen Maßnahmen zu beteiligen, die die Auswirkungen der Lebensmittelpreise auf ärmere Regionen abfedern sollen.

Das Europäische Parlament hat am 22. Mai 2008 eine Resolution verabschiedet, die sich ebenfalls mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen befasst.

Resolution des Europäischen Parlaments finden Sie in Kürze unter <http://www.europarl.ep.ec/activities/plenary/ta/calendar.do?language=EN>

Beitrag im Deutschlandfunk zum Thema Lebensmittelsicherheit und Agrarpolitik <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/787677/>

Erika Mann empfängt mexikanischen Abgeordneten in Straßburg

Am 21. und 22. Mai 2008 fand die sechste Sitzung des Gemischtparlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko in Straßburg statt. Die Sitzung wurde von Erika Mann geleitet, die seit 2005 Vorsitzende der europäischen Delegation EU-Mexiko ist.

Erika Mann misst dem Treffen eine besonders hohe Bedeutung bei, da Mexiko während des EU-Lateinamerikagipfels am 16./17. Mai 2008 den Status der Strategischen Partnerschaft erhalten hat. Die Beziehungen mit Mexiko werden damit auf eine noch festere Grundlage gestellt. Mexiko ist ein treuer Verbündeter der Europäischen Union und stand der EU in vielen international kritischen Fragen, wie etwa beim Klimaschutz, stets zur Seite.

Auch das Thema gestiegene Nahrungsmittelpreise stand im Zentrum einer Diskussion und wird in der zweiten Jahreshälfte Gegenstand eines gemeinsamen Seminars in Mexiko sein.

Mexiko gewinnt nach Ansicht von Erika Mann aus geostrategischer Sicht zunehmend an Bedeutung. In Zentralamerika ist Mexiko als stabiles Land der Motor für eine positive Entwicklung der Region insgesamt.

Tagungsinformationen zur Sitzung http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/organes/d-mx/d-mx_20080521_1500.htm

EU-Lateinamerika

Am 16./17. Mai fand der fünfte Gipfel der Europäischen Union und Lateinamerikas statt. 60 Staats- und Regierungschef der Staaten der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik sind zu einem zweitägigen Treffen in Lima (Peru).

Im Rahmen des Gipfels wurden sowohl die Armutsbekämpfung als auch der Klimawandel thematisiert. Auch das Thema Biokraftstoffe wurde angesprochen.

Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich in einer Schlusserklärung darauf, dass sie einen erfolgreichen Abschluss des Nachfolgeabkommens von Kyoto anstreben.

Der Gipfel fand nur knapp zwei Wochen nach der Versammlung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente Lateinamerikas (EUROLAT) statt. Während dieser Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die von Erika Mann und ihrem Kollegen aus dem Andenparlament, Wilbert Ben-dezú, erarbeitet wurde.

Die EU und Lateinamerika sind wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Im Jahr 2007 importierte die EU allerdings mehr Waren als sie nach Lateinamerika exportierte. Das Handelsdefizit lag bei 17 Mrd. Euro. Deutschland hat von alle EU-Mitgliedstaaten mit Abstand am meisten in die lateinamerikanischen Staaten exportiert. 27% der Gesamtausfuhren (im Wert von 20,4 Mrd. Euro) kamen aus Deutschland.

Informationen zur EUROLAT-Versammlung

<http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/beziehungEULateinamerika/2SitzungEurolat>

Informationen zum EU-Lateinamerika Gipfel

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2008/05/2008-05-16-eu-lac-gipfel-abschluss.html>

Informationen zu den Handelsbeziehungen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/65&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zweite Sitzung des Transatlantischen Wirtschaftsrats in Brüssel

An der zweiten Sitzung des Transatlantische Wirtschaftsrats (TEC - Transatlantic Economic Council) am 13. Mai 2008 in Brüssel nahm Erika Mann für das Europäische Parlament teil. Der TEC soll dazu beitragen, Handelsbarrieren zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Markt abzubauen. Hierzu zählen z.B. Handelsbarrieren im Bereich der Automobilsicherheit, Kosmetika und die Zusammenarbeit im Bereich der Biokraftstoffe.

Ausführliche Informationen finden Sie unter

http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC/ResolutionEP_TEC

<http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC>

Im Vorfeld der Sitzung verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zum TEC. Diese finden Sie hier

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0192+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Wenige Tage vor dem TEC-Gipfeltreffen fanden sich am 25. April bereits mehrere Entscheidungsträger beider Seiten zu einem "Forum für die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in Regulierungsfragen" in Brüssel zusammen. Dieses Gremium soll dazu beitragen, unnötige Abweichungen bei Regulierungen zu vermeiden. So können beispielsweise Handelskonflikte vermieden werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/642&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Informations- und Kommunikationstechnologien für Energieeffizienz nutzen

Neue Technologien im Informations- und Kommunikationsbereich (IKT) nehmen immer weiter an Bedeutung zu. Dies hat auch die Europäische Kommission erkannt und folgerichtig am 13. Mai eine Mitteilung vorgelegt, in der sie die Herausforderungen der Energieeffizienz durch IKT thematisiert. In der Mitteilung wird angekündigt, dass künftig in allen Wirtschaftszweigen IKT zur Energieeinsparung beitragen sollen. Die Kommission erachtet Energieeinsparungen von bis zu 70% als möglich.

Erika Mann setzt sich bereits seit vielen Jahren für mehr Energieeffizienz durch intelligente technologische Lösungen ein. So unterhält sie Kontakte zu mehreren Firmen in Niedersachsen (z.B. EWE Oldenburg) und den USA, die an technologischen Lösungen für mehr Energieeffizienz forschen und diese anwenden. Als Vorsitzende der European Internet Foundation hat sie eine Veranstaltung angeregt, die sich dem Thema Energieeffizienz durch IKT widmet.

Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen

Am 18./19. Juni 2008 wird Erika Mann zudem an einer Konferenz in Kopenhagen teilnehmen, die sich als eine der vorbereitenden Konferenzen zum Nachfolgeabkommen von Kyoto dem Thema Klimaschutz widmet und sich dabei vor allem auf den Beitrag konzentriert, den Innovationen in neue Technologien leisten können.

Mitteilung der Europäischen Kommission

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sustainable_growth/docs/com_2008_241_1_en.pdf

Weiterführende Informationen der Kommission

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sustainable_growth/energy_efficiency/index_en.htm

Informationen auf der Webseite von Erika Mann

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/Energiepolitik/Energieeffizienz>

Informationen zur Konferenz in Kopenhagen

<http://copenhagenclimatocouncil.com/index.php/global-research-conference-on-innovation-in-climate-and-energy>

Parlament verabschiedet Bericht zum Klimawandel

Am 21. Mai hat das Europäische Parlament einen so genannten Zwischenbericht des "nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel" angenommen. Darin bekräftigen die Abgeordneten ihre Unterstützung des Ziels, den durchschnittlichen Anstieg des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 2°C zu begrenzen. In der Nachfolge zu dem angenommenen Bericht wird der Ausschuss ab September über eine integrierte europäische Klimapolitik beraten. Ein abschließender Bericht soll im Januar/Februar 2009 vom Parlament verabschiedet werden.

Bericht über die wissenschaftlichen Fakten des Klimawandels: Feststellungen und Beschlussempfehlungen

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0136+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Weniger Treibhausgas-Emissionen in der EU

Die Europäische Umweltagentur hat am 15. April Daten veröffentlicht, denen zufolge die 15 an den Kyoto-Zielen beteiligten EU-Mitgliedstaaten ihre Emissionen 2006 um 2,7% gegenüber dem Basisjahr von 1990 gesenkt hätten. Werden die neuen EU-Mitgliedstaaten mit einbezogen, wurden die Emissionen insgesamt gegenüber 1990 sogar um 7,4% gesenkt. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass vor allem die osteuropäischen Mitgliedstaaten später anfangen, ihre Emissionen zu senken, weshalb das Einsparpotenzial dort deutlich höher ist als in den übrigen EU-Mitgliedstaaten, die bereits wesentlich früher mit der Emissionsreduktion begonnen und Einsparungen erzielt haben.

Die Salzgitter AG, als ein energieintensives Unternehmen, hat die CO₂-Emissionen bei der Stahlherstellung seit 1990 um 25% gesenkt und somit einen überdurchschnittlichen Beitrag Senkung der Treibhausgasemissionen geleistet.

Informationen der Europäischen Umweltagentur

<http://www.eea.europa.eu/highlights/eea-unveils-preliminary-eu-inventory-of-greenhouse-gas-emissions>

Salzgitter AG: Schutz der Umwelt

<http://www.salzgitter-ag.de/gb/2004/de/chap1/sect6>

Ausgaben für Sozialschutz machen 27,2 % des Bruttoinlandprodukts aus

Die Sozialschutzausgaben innerhalb der Europäischen Union machten im Jahr 2005 27,2% des Bruttoinlandproduktes aus. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Schweden liegt am weitesten vorn mit 32% gefolgt von Frankreich und Dänemark. Deutschland lag mit 29,4% an fünfter Stelle. Lettland ist das Schlusslicht mit Ausgaben in Höhe von lediglich 12,4% des BIP.

In Niedersachsen wurde beispielsweise im Rahmen der stärkeren Integration von Zuwanderern Beratungsprogramme neu aufgelegt oder bestehende Programme neu strukturiert. Außerdem werden Weiterbildungsinitiativen in mittelständischen Unternehmen gefördert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Nationaler Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung

http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/2006/nap/germany_de.pdf

Überarbeitung des Gesetzes für Europäische Betriebsräte

Die Richtlinie über Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats aus dem Jahr 1994 (94/45/EG) wird derzeit einer Überprüfung unterzogen. Die EU-Kommission hat bislang allerdings keinen Entwurf über eine überarbeitete Richtlinie vorgelegt, sondern stattdessen Gewerkschaften und Unternehmen aufgefordert, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

In der überarbeiteten Richtlinie sollen zum Beispiel die Häufigkeit von Betriebsratstreffen und ein Anspruch auf Fortbildungen geregelt werden. Es sollen aber auch Regelungen darüber enthalten sein, wann ein Betriebsrat etwa über Standortverlagerungen informiert werden muss. Dies entspricht einer Forderung von Eri-

ka Mann, die sich im Zuge der Diskussion um die Nokia-Werkschließung für eine diesbezügliche Stärkung der Europäischen Betriebsräte ausgesprochen hat.

Kommen die Sozialpartner in absehbarer Zeit nicht zu einer Einigung, wird der zuständige EU-Kommissar Spidla gegen Ende Juni einen Entwurf vorlegen.

Die Arbeit der Europäischen Betriebsräte ist sehr komplex, besonders da Gewerkschaften häufig hauptsächlich national agieren. Aus diesem Grund wurde vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen - Sachsen-Anhalt ein branchenübergreifendes regionales Netzwerk mit dem Namen "Euro-Betriebsräte" gegründet. Durch das Netzwerk sollen die Europäischen Betriebsräte ergänzend zu den Gewerkschaften begleitet und unterstützt werden.

Informationen zum Mitbestimmungsrecht von Arbeitnehmern

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/politikfreinsozial/Arbeitsrecht/Mitbestimmungsrechte>

Informationen der Europäischen Kommission über die Überarbeitung der Richtlinie

http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/docs/2008/ewc_consultation2_de.pdf

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2005/apr/restructuring_de.html

Netzwerk Euro-Betriebsräte

http://www.niedersachsen.dgb.de/themen/wirtschaft/eurobetriebsraete/index_html

Europäisches Parlament für stärkere Förderung des Ehrenamtes

Das Europäische Parlament hat sich am 22. April in einer Entschließung dafür ausgesprochen, Tätigkeiten von Freiwilligen stärker anzuerkennen. Die Anerkennung könnte etwa durch die Übernahme von Unfall- und Haftpflichtversicherungen erfolgen, außerdem sollten erworbene Qualifikationen berücksichtigt werden. Erwogen werden sollte zudem eine Mehrwertsteuerbefreiung von Freiwilligenorganisationen.

Das Parlament sprach sich auch dafür aus, dass Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu erklären.

Entschließung des Europäischen Parlaments

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0131+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Sammelklagen künftig leichter möglich

Das Europäische Parlament hat am 20. Mai einen Bericht angenommen, in dem die Europäische Kommission aufgefordert werden soll, einen Vorschlag vorzulegen, der die Einreichung von Sammelklagen gegen unlautere Geschäfte künftig ermöglichen soll. Mit dieser Maßnahme soll den Verbrauchern ein neues Rechtsinstrument an die Hand gegeben werden, mit dem sie sich gegen unseriöse Geschäfte zu wehren. Sammelklagen sind bislang vor allem in den USA verbreitet.

Der Bericht des Europäischen Parlaments liegt leider noch nicht vor. Dieser kann auf Anfrage gerne übermittelt werden.

Hinweise in eigener Sache

Energiekonferenz Kopenhagen

2009 wird in Kopenhagen die entscheidende Konferenz der UN-Vertragsstaaten über das Kyoto-Nachfolgeabkommen stattfinden.

Am 18./19. Juni 2008 findet eine Vorbereitungs-Konferenz in Kopenhagen des CITRIS (Center for Information Technology in the Interest of Society - eine Forschungseinrichtung der Universität Kalifornien) statt. Die Konferenz "Unlocking the Climate Code - How can innovation and industry transformation help tackle climate change?" Diese Konferenz widmet sich in erster Linie der Frage, wie Innovationen zu mehr Klimaschutz beitragen können.

Erika Mann wird im Rahmen dieser Konferenz an zwei Podiumsdiskussionen teilnehmen. Die Themen der Diskussion werden "Ein Dialog für Innovation und Transformation im Energie- und Klimabereich" sowie "Die Navigation von Komplexitäten" sein. Erika Mann ist eine ausgewiesene Expertin zu mehreren Themen der

Konferenz und wurde gebeten, zu technologischen Innovationen und Technikfolgenabschätzung zu sprechen.

Center for Information Technology in the Interest of Society
<http://www.citris-uc.org/>

Konferenz zu Nachahmung und Produktpiraterie mit Erika Mann

Am 13. Mai fand in Brüssel eine große Konferenz zum Thema Produktnachahmung- und piraterie statt. Dabei wurden unter anderem die daraus resultierenden Folgen für das Wachstum und die Beschäftigung in der EU thematisiert. Erika Mann leitete eines der Diskussionsforen, welches sich der Frage widmete, wie der internationale Handel mit gefälschten Produkten besser kontrolliert werden kann.

Informationen zur -veranstaltung: Dort gibt es einen Link zum Video des Forums mit Erika Mann (Panel 3)
http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement

Hinweise auf interessante Publikationen, Newsletter etc.

Eine Auswahl vorbildlicher Verfahren im Rahmen von Leader+ Hefte werden regelmäßig herausgegeben und können bestellt werden unter
AGRI-LEADERPLUS-PUBLICATIONS@ec.europa.eu

Ausschreibung zum IKT-Förderprogramm

Entsprechend dem Arbeitsprogramm zur Unterstützung der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde ein Aufruf zur Einreichung von Anträgen zur Förderung von IKT-Programmen veröffentlicht. Die Unterlagen mit allen nötigen Details finden Sie unter
http://ec.europa.eu/information_society/activities/ict_psp/index_en.htm

Energie Arbeitsprogramm "Zusammenarbeit 2008"

Im Themenbereich Energie im Rahmen des Arbeitsprogramms "Zusammenarbeit 2008" des 7. Forschungsrahmenprogramms wurde ein Aufruf zur Einreichung von Förderanträgen veröffentlicht. Einzelheiten unter
<http://cordis.europa.eu/fp7/calls/>

Programmausschreibung "Europa für Bürgerinnen und Bürger"

Projekte mit innovativen Methoden zur Förderung von Bürgerbeteiligung, die auf lokaler und europäischer Ebene gemeinsame handeln können sich um die Förderung mit EU-Geldern bewerben. Vorrangig sollten die Projekte eines der folgenden Themen behandeln (i) Interkultureller Dialog;(ii) neue institutionelle Entwicklungen, neue Impulse zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft; (iii) Teilhabe von Frauen am politischen Leben; (iv) Sport für eine aktive Bürgerschaft und für soziale Integration; (v) 2009: Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation.

Vorschlägen müssen bis 1. Juli 2008 eingereicht werden.
http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action1/citizens-projects/call/index_en.htm

"Jugend in Aktion" - Ausschreibung hat begonnen

Einrichtungen, die auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätig sein werden im Programm "Jugend in Aktion" unterstützt. Gefördert werden Projekte, an denen mindestens zwei verschiedene Staaten beteiligt sind.

Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen endet am 30. Juni 2008.
http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/index_en.htm

Vergabe zur Anfertigung von Studien zum Transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN) und Transeuropäischen Energienetz (TEN-E)

Die Generaldirektion Energie und Verkehr vergibt Finanzhilfen für die Anfertigung von Studien zum Europäischen Verkehrsnetz. Die Arbeiten müssen zur Lösungsfindung in folgenden Bereichen beitragen: (i) Maßnahmen zur Förderung des Seeverkehrs (ii) Maßnahmen zur Lösung von Problemen von Flughäfen (iii)

Straßeninfrastruktur (iv) stärkere Beteiligung des Privatsektors (v) Einsatz neuer Technologien. Insgesamt stehen 140 Millionen Euro zur Verfügung.

Anträge für die TEN-Studien müssen bis zum 20. Juni 2008 eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/grants/proposal_en.htm

Ebenso wie für Transeuropäische Verkehrsnetze stehen auch Fördermittel für Studien zu Transeuropäische Energienetzen zur Verfügung. Förderfähig sind einzelne oder mehrere Mitgliedstaaten, öffentliche und private Unternehmen, sowie Körperschaften, internationale Organisationen und gemeinsame Unternehmen.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen zu TEN-E Studien endet am 30. Juni 2008

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/grants/proposal_en.htm

Verbraucher und Industrie aufgerufen, Roaming Verordnung zu überprüfen

Seit dem 30. Juni 2007 ist die EU-Roaming Verordnung in Kraft getreten. Nun möchte die Europäische Kommission die Wirksamkeit der Verordnung überprüfen und bittet alle Beteiligten zur Einreichung von Stellungnahmen.

Betreiber, Unternehmen, Verbraucherverbände und andere Betroffene sind aufgefordert, bis zum 2. Juli 2008 ihre Stellungnahmen einzureichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/718&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/roaming_regulation/consultation_may08/index_en.htm

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_de.htm

Taschenbuch "Key figurs on European Business" erschienen

Das Taschenbuch über die Schlüsselzahlen der europäischen Wirtschaft ist unter folgender Webadresse verfügbar

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-ET-08-001/EN/KS-ET-08-001-EN.PDF

Weitere Informationen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/64&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU - Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik